

Bezirksamt Hamburg – Mitte
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit

Niederschrift
über die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
beim Bezirksamt Hamburg – Mitte
am Montag, den 16. 11. 2009
im großen Saal der Bezirksversammlung Hamburg - Mitte
Klosterwall 4, Cityhof Block B, 1. Stock, 20095 Hamburg

anwesende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Kahrs
Herr Bochnick
Frau Detamble – Voss
Herr Droßmann
Frau v. Enckevort
Herr Haufler
Herr Ilcin
Frau Jeschkowski
Herr Jez
Herr Knode
Frau Meßinger
Frau Scheuermann

anwesende beratende Mitglieder

Herr Dehde
Frau Freuer
Herr Hartmann
Herr Kraack
Herr Krutky
Frau Rautenberg
Frau Tobel
Frau Wolters

für die Verwaltung

Frau Frigge
Frau Hoppe
Frau Mosteller
Frau Nische
Herr Poschinski
Frau Dr. Ruf
Herr Schmidt

Es ist sind 3 BesucherInnen anwesend.

Beginn der Sitzung 17.00 Uhr.

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009
TOP 0 Öffentliche Fragestunde

Kein Beitrag

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009

TOP 1 Genehmigung der Niederschriften vom 12. 10. und 02. 11. 2009

Die Niederschriften vom 12. 10. und 02. 11. 2009 werden vom JHA einstimmig genehmigt.

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009

TOP 2 Vorbereitungen zum Haushalt 2010 / 2. Sitzung

An die Ausschussmitglieder wurden die Beantwortung zu den Fragestellungen des JHA aus der vergangenen Sitzung, sowie die Informationen zur Haushaltslage 2010 im Bereich der Offenen Kinder – und Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit im Bezirk Hamburg – Mitte verteilt.

Herr Kahrs erläutert die Berechnungen zur Haushaltslage.

Frau Nische ergänzt, dass seitens der Verwaltung noch keine konkreten Vorschläge zu Möglichkeiten der Einsparung für das verbleibende Restdefizit in Höhe von 31.764 € entwickelt wurden.

Bei der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel e. V. (AGKV), mit insgesamt 4 Stellen, wird im kommenden Jahr der Leiter in den Ruhestand gehen und es wurde für eine Erzieherstelle eine Erziehungsurlaubsvertretung beantragt. Über die Nachbesetzung der Leitung und die Vertretung, bzw einer zeitweisen Bewirtschaftung der Stellen muss im JHA noch entschieden werden.

Frau Frigge führt dazu aus, dass aus fachlicher Sicht die Stellen in der AGKV erforderlich sind, um die Arbeit der Einrichtung, die von sehr vielen und jüngeren Kindern besucht wird, aufrechterhalten zu können.

Die Haushaltslage und dabei insbesondere die Entscheidung, den Haushalt ohne Tarifierhöhungen für die freien Träger zu beschließen, werden im Ausschuss ausführlich diskutiert.

U. a. werden zusammenfassend folgende Aspekte genannt:

- Die BSG hat signalisiert, dass für die Tarifierhöhungen keine weiteren Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Fachbehörde wird auch keinen entsprechenden Antrag bei der Finanzbehörde stellen. Dafür müssen Restmittel aus den Rahmenzuweisungen eingesetzt werden. Andere Bezirke sind u. a. bereits zu Festbetragsfinanzierungen übergegangen(**Frau Nische**)

- Der JHA kann nur die Mittel, die vorhanden sind, an die Träger weitergeben. Von daher müssen im nächsten Jahr weiter Restmittel eingesetzt werden. Eine Festbetragsfinanzierung ist nicht nur unattraktiv, sondern kann auch von den Freien Trägern nicht lange durchgehalten werden. Im Ergebnis ist es eine Einsparung des KJ – Haushaltes. Der JHA muss sich weiter dafür einsetzen, dass, wie in den vergangenen Jahren auch, die Tarifkostensteigerungen an die Träger gezahlt werden. (**Herr Kahrs**)

- Wenn alle Träger bei den Tarifkosten gleich behandelt werden, wird man der Situation nicht gerecht. Die Träger, die Drittmittel einwerben, würden bestraft. Welchen Nutzen haben die Kinder und Jugendlichen, wenn die Honorare und Sachmittel für die Personalkosten gekürzt werden?

Auch wenn das Geld nicht kommt bleibt die Verantwortung. In besser ausgestatteten

Stadtteilen könnte eine Stelle gestrichen werden, statt in anderen Stadtteilen, die mehr belastet sind, mehrere Honorarkräfte einzusetzen. (**Herr Haufler**)

- Auf Tarifzahlungen besteht ein Anspruch, sie sind kein Almosen. Honorare entsprechen nicht den Tarifleistungen, damit werden hochqualifizierte Kräfte unter Wert bezahlt. Standard und Qualität sind so nicht mehr gewährleistet. An alle Einrichtungen muss der gleiche Anspruch gestellt werden. Eine Ungleichbehandlung führt zu Konkurrenz und Wettbewerb unter den Anbietern. (**Frau Detamble – Voss**)

- Mit der Aussetzung der Zahlung von Tariferhöhungen wird ein Systemwechsel eingeläutet. Wir investieren in die Arbeit der Einrichtung und in das Personal, nicht in Honorar – und Sachmittel. Träger müssen Drittmittel einwerben, weil sie sonst nicht mehr existieren können. Wie ist dies rechtlich mit dem Gleichstellungsgebot zu bewerten und wie verbindet sich dies mit dem Subsidiaritätsprinzip? Der JHA sollte dazu eine grundlegende Debatte mit Vertretern der Freien Wohlfahrtsverbände und der Fachbehörde in einer Ausschusssitzung führen. (**Herr Kraack**)

- Die Tariferhöhungen müssen an die freien Träger gezahlt werden, dazu gibt es auch den Beschluss der Bezirksversammlung. Jede weitere Tariflohnerhöhung würde sonst zwangsläufig zu Stelleneinsparungen führen. Die ungleiche Behandlung von Trägern in diesem Zusammenhang, führt dazu, dass Mitarbeiter gegen Honorarkräfte oder Kinder gegen Mitarbeiter ausgespielt werden und ist deshalb abzulehnen. (**Herr Kahrs**)

Im Ergebnis der Diskussion beschließt der JHA, dass der Haushaltsvorschlag der Verwaltung zur 1. Lesung des Haushalts ohne die Tariflohnerhöhungen 2009 und 2010 ausgearbeitet wird.

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009

TOP 3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009

TOP 4 Geschäftsmittelungen

- **Herr Schmidt** informiert den Ausschuss zum Sachstand des Interessenbekundungsverfahrens Haus der Jugend Öjendorf. Es sind vier Bewerbungen eingegangen, davon eine nicht form – und fristgerecht. Es wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung in der kommenden Sitzung des JHA – nach der 1. Lesung des Haushalts - die Auswertung und Empfehlung zu den Konzepten zur Beschlussfassung vorstellt. Bei Bedarf können die Gesamtunterlagen von Ausschussmitgliedern eingesehen werden.

Der JHA stimmt diesem Vorschlag zu.

- **Frau Wolters** informiert den JHA über ein Aktenvorlageersuchen der SPD – Fraktion der Bürgerschaft nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum „Fall Lara“.

Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- Der JHA hat in seinem Beschluss „Konsequenzen aus dem tragischen Tod von Lara“ festgelegt, dass zukünftig bei ambulanten Hilfen zur Erziehung ein Stundennachweis des betreuenden Trägers über die direkten Kontakte geführt werden soll, die vom Hilfeempfänger als konkreter Nachweis abgezeichnet werden. Der Stundennachweis ist Bestandteil der Abrechnung.

Frau Nische berichtet dazu, dass der Bezirk Hamburg – Mitte dieses Verfahren nunmehr zum 1. 11. 2009 verbindlich eingeführt hat. Das an die Träger verteilte Formblatt zum Stundennachweis liegt den Ausschussmitgliedern vor. Dieses Verfahren war bei den Trägern und in der Fachbehörde nicht unumstritten. Die BSG hat ihre Richtung jetzt geändert und wird einen Stundennachweis Hamburg weit einführen. Dabei werden die Erfahrungen von Mitte mit in das Verfahren eingespeist.

Eine Datenbankauswertung für Mitte ist für Ende des 1. Quartals 2010 vorgesehen.

20. Sitzung des M/JHA am 16. 11. 2009

TOP 6 Verschiedenes

- **Frau Rautenberg** hat an die Ausschussmitglieder ein „**Protestschreiben gegen die Einführung der GTS erst ab 2011/2012**“ verteilt.

Der JHA nimmt Kenntnis und verweist zur Befassung an den zuständigen BV – Ausschuss Schule, Kita, Sport.

Herr Knode informiert, dass vier neue Stellen Straßensozialarbeit vom Senat bewilligt wurden. Einsatzort ist nicht wie gewünscht St. Pauli, sondern der Steindamm. Dennoch wird dies begrüßt. Er schlägt vor, die Sozialarbeiter in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

In diesem Zusammenhang bittet **Herr Kahrs** die Ausschussmitglieder, Themenvorschläge für die Halbjahresplanung 2010 in die Dezembersitzung mitzubringen.

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr

Für den Vorsitz
J. Kahrs

Für das Protokoll
A. Ahlers